

Die „Welt“ erscheint täglich, einmal, Sonntags und Montags aus... mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gesell“.

Die Jahrgangspreise... Die Jahrgangspreise... Die Jahrgangspreise...

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Die Welt

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Weg ins Freie

In England fanden in den letzten Tagen zwei Nachwahlen zum Unterhause statt, deren Ausgang einen allgemeinen Schluß auf den Umschwung der Stimmung der Wählermassen zuläßt. In einem Bezirk von Manchester, in Clanton, siegte der Kandidat der Labour Party, der Textilarbeiter Sutton. In einem Außenbezirk Londons, in Camberwell, wurde der Arbeiterkandidat Ammon gewählt. Beide Bezirke sind im Dezember 1918 von den Koalitionskandidaten erobert worden, die jetzt aus dem Felde geschlagen worden sind. Vehrreich ist auch das Stimmverhältnis der einander bekämpfenden Parteien; sowohl Sutton als auch Ammon bewarben sich schon im Dezember 1918 um diese Parlaments-sitze. In Clanton betrug die Majorität der Konservativen bei den allgemeinen Wahlen 4631 Stimmen. Die wandelte sich nun in eine Majorität von 3624 Stimmen für den Arbeiterkandidaten. Es haben also mehr als achttausend Wähler ihre Parteizugehörigkeit gewechselt, sind von der Politik Lloyd Georges abgefallen und haben sich der Arbeiterpolitik angeschlossen. Nicht so groß, aber immerhin beachtenswert, ist diese Wandlung in Camberwell gewesen. Hier siegte der konservative Wahlbewerber im Dezember 1918 mit 3835 Stimmen und blieb jetzt mit 1137 Stimmen in der Minorität. Vor einigen Wochen fand eine Nachwahl in Southwark mit demselben Ausgang statt, und so wird binnen einigen Tagen eine neue in Wolverhampton folgen und, wie es aus der Bestürzung der bürgerlichen Presse zu entnehmen ist, mit demselben voranschläglichen Mißerfolg für die Politik der Koalition. Diese sich jetzt in einem kurzen Zeitraum zusammendrängenden Nachwahlen verstärken die Tendenz, die alle Nachwahlen seit dem Dezember 1918 bisher offenbarten: den Abfall eines großen Teils der Wählerschaft von der Führung Lloyd Georges. Seit dem Dezember 1918 fanden 64 Nachwahlen statt; die Koalition konnte nur in 33 Bezirken ihren Beststand wahren, während die Arbeiterpartei zwei Mandate verlor, sechs behauptete und zwölf neu eroberte. Es ist ganz klar, daß die Flut im Steigen begriffen ist.

Die Wahlen im Jahre 1918, die berühmten Rhafawahlen, fanden unter dem unmittelbaren Eindruck des über die Deutschen errungenen Sieges statt; in einem Augenblick, in dem die Massen noch allzu sehr den Nachwirkungen des von der Kriegspropaganda großgepöbelten Hasses ausgelegt waren, wo in ihnen der Gedanke, daß alle ihre Leiden dem Feinde in dem anderen Schlingengraben zuzuschreiben sind, lebendig war. Die britischen Soldaten in Flandern, an der Marne, in Ägypten stimmten gegen die Deutschen, wie sie annahmen, aber in Wirklichkeit für die britische Kapitalistenklasse, wie es sich dann im Laufe der vergangenen drei Jahre offenbarte. Diese Nachwahlen und der sich in ihnen offenbarende große Abmarsch aus dem Lager der Regierungspartei in das der Labour Party ist insbesondere aus diesem Gesichtspunkt so interessant und so vielversprechend. Im Dezember 1918 stimmten die Soldaten gegen die Deutschen. Mittlerweile ist aus dem siegreichen Soldaten ein darbenender Arbeitloser geworden, und er stimmt jetzt gegen die eigene Kapitalistenklasse, gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die den Sieg für die Handvoll Kapitalisten in Gold und Wohlleben und für die Millionen der Arbeiter in Not und Elend gewandelt hat. Der britische Arbeiter sieht, für wen und wofür er gekämpft, geblutet und gesiegt hat, er ist durch diese Erleuchtung aus einem nationalen Soldaten zu einem internationalen Klassenkämpfer geworden. Diese psychologische Wandlung spricht sich in diesen Wahlergebnissen aus, der Bann der Kriegspöhscherei ist gebrochen und damit eines der größten Hindernisse auf dem Wege zum Aufstieg zur Macht für die britische Arbeiterklasse aus dem Wege geräumt.

Von den mit der Ausgestaltung und Umformung des britischen Weltreiches zusammenhängenden Problemen abgesehen, sind es hauptsächlich drei Fragen, die heute das britische politische Leben und damit auch die Arbeiterbewegung beherrschen. Die Regierung und die mit ihr Hand arbeitende kapitalistische Klasse will sowohl in der Privat- als auch in der Staatswirtschaft den Vorkriegszustand je eher und je gründlicher wiederherstellen. Die großen Kämpfe um die Sozialisierung der Kohlengruben und der Eisenbahnen sind niedergeschlagen worden und die Bourgeoisie ging zum Angriff über, um die Lebenshaltung der Arbeiter, die sich während des Krieges etwas gehoben hat, wieder auf das Niveau von 1914 oder noch tiefer hinunterzubringen. Der Lohnabbau wird in großem Maßstab betrieben und die ungeheure Arbeitslosigkeit, die Millionen auf das Straßpflaster warf, zwingt die Arbeiter, die Forderungen der Kapitalisten hinzunehmen. Die Kosten des Lebensunterhalts stehen heute nach den amtlichen Indizeszahlen etwa achtzig Prozent über dem Friedensstandard. Die Mäßigkeit dieser Zahlen, die den Maßstab für alle Lohnfestsetzungen bilden, wird aber in der ganzen Arbeiterpresse bestritten und in ihrer Festsetzung der Versuch, die Arbeiter in Not und Elend noch mehr hinunterzustoßen, erblickt.

Gleichzeitig will die Regierung die Ordnung in dem Staatshaushalt herstellen, und zu diesem Zwecke hat sie eine besondere Kommission, die sogenannte Geddes-Kommission, unter dem Vorsitz des Schatzkanzlers Sir

Die Erhöhung der Kohlenpreise

Eine Extrasteuer zur Erhaltung der Gruben — Die kapitalistische Wirtschaft erweist ihre Unfähigkeit — Stinnes im Hinterhalt

Das von uns jüngst erwähnte Ziel des Herrn Stinnes, die Kohlenpreise zwecks Erhöhung der für Abschreibungen bestimmten Beträge auf die Höhe der Weltmarktpreise zu treiben, ist in den die Kohlenpreise betreffenden Beratungen der Kohlenwirtschaftsorgane nicht vollkommen erreicht worden. Amlich wird mitgeteilt:

In der gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden im Anschluß an die schiebsgerichtliche für alle Bergbauverviere festgesetzten Lohnerhöhungen nach langen Verhandlungen wesentliche Erhöhungen der Brennstoffpreise beschlossen. Hierbei erwies sich als notwendig, nicht nur einen besonderen Ausgleich für die unverhältnismäßig starke Materialkostensteigerung der letzten Monate vorzusehen, sondern auch wegen des gesunkenen Geldwertes den in der Preiskalkulation enthaltenen Beitrag für Abschreibungen zu erhöhen. Diese Erhöhung wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung zur ausreichenden Erneuerung und Modernisierung der Anlagen für erforderlich gehalten. Die Organe der Kohlenwirtschaft (Reichskohlenverband und großer Ausschuss des Reichskohlenrates) werden besonders verfolgen, inwieweit die Erhöhung der Abschreibungssätze tatsächlich die angestrebte Wirkung der Erhaltung der Werke und der Steigerung ihrer Produktivität hat. Der im Kohlenpreis enthaltene Zuschlag für den Bau von Bergarbeiterheimstätten wurde verdoppelt. Die hauptsächlichsten Preiserhöhungen sind (je Tonne ohne Steuern): Ruhrzevier 106 M. (Zeitsförderkohle), Sachsen 158,80 M. (durchschnittlich), Niederschlesien 140,60 M. (durchschnittlich), Rheinische Braunkohle: Briketts 71,13 M., Rohkohle 19,21 M., Mitteldeutschland und Ostelbien: Briketts 87, Rohkohle 22,50 M.

Diese sehr beträchtliche Erhöhung der Kohlenpreise wird auf die gesamte deutsche Wirtschaft nachhaltig einwirken. Sie trifft die Gesamtheit der Bevölkerung, treibt alle Preise von neuem in die Höhe, und neue Lohnforderungen und Lohnkämpfe werden die unausbleibliche Folge sein. Auch die weiterverarbeitende Industrie hat keine Freude an dem Erfolg der Kohlenbarone. Die „Boschische Zeitung“, die diesem Anmut Ausdruck gibt, schreibt:

„Trotz aller Warnungen und Bedenken, die von Praktikern und Theoretikern geäußert worden sind, sind danach die Kohlenpreise abermals nicht unbeträchtlich heraufgesetzt worden, allerdings nicht in dem Umfange, wie es vom Bergbau verlangt worden war. Die Spanne, die noch zwischen Inland- und Weltmarktpreis bestand, ist also noch nicht aufgehoben, aber wesentlich verringert worden. Die Differenz wird noch weiter verschwinden durch die am 1. März in Kraft tretende 20prozentige Erhöhung der Frachttarife und vor allem durch die demnächst in Kraft tretende Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 40 Prozent. Es bleibt danach nur ein geringer Spielraum für Veränderungen der Weltmarktpreise infolge Valutaschwankungen.“

Der weitere Gedanke, der manche Kreise eine solche Herausforderung der Kohlenpreise befürworten ließ, war der, unere Kohlenquadranten auf Reparationskonten möglich zu erhöhen. Die 22 Millionen Tonnen, die wir allmonatlich an die Entente zu liefern haben, werden uns zu Inlandspreisen gutgeschrieben. An und für sich ist der Wunsch, diese Gutschriften zu erhöhen und dadurch die Last unserer Verpflichtungen zu erleichtern, verständlich. Geschehen kann dies nur, wenn die Inlandspreise entsprechend erhöht werden. Da jedoch einer solchen Erhöhung die schwersten wirtschaftlichen Bedenken entgegenstehen, so hätte dieser Gedankengang nicht bestimmend sein dürfen. Die weiterverarbeitende Industrie, die gerade in den letzten Tagen warnend ihre Stimme erhoben hat, ist zweifellos die Hauptleidtragende. Aber auch für den Bergbau selbst werden diese Erhöhungen geteilte Freuden bringen.“

Die Absichten des Herrn Stinnes gingen aber noch weiter. Sein Plan war es, erheblich größere Erhöhungen der Preise durchzuführen zu dem Zweck, neue Grubenanlagen zu schaffen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt darüber:

„Der Plan, den Hugo Stinnes vertritt, daß zum Ausbau der Werke Preiserhöhungen vorgenommen werden müßten, hat sich nicht durchsetzen können, schon deshalb nicht, weil die Industrie die Kontrolle darüber, ob die eingehenden Beträge zum Werksausbau tatsächlich verwendet würden, verweigerte. Aber auch die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit des Stinneschen Planes überhaupt konnte sich keine Geltung verschaffen gegenüber der anderen und durchaus gelunden Ansicht, daß die Werke bezüglich ihres Geldbedarfes auf den Kapitalmarkt zu verweisen seien, sofern ihnen, was ja tatsächlich geschieht, die Vornahme der notwendigen Abschreibungen aus den laufenden Erträgen ermöglicht wird. Die Ideen des Herrn Hugo Stinnes haben also, was häufiger vorkommt, ein Fiasko erlitten und dürften nunmehr endgültig erledigt sein.“

Diese letzte Hoffnung des Blattes teilen wir nicht. Herr Stinnes ist zäh und seine Gewohnheit ist es nicht, die Hand von seinem Opfer zu lassen, wenn er es auf den ersten Hieb nicht zur Strecke bringen konnte. Er liegt nach wie vor im Hinterhalt. Wir haben sogar den Eindruck, als ob die Kreise um Stinnes diesmal selbst noch nicht mit der Erreichung ihres letzten Zieles gerechnet und ihre Kräfte daher auch nicht sonderlich angestrengt haben.

Dennoch sind Kohlenverband und Kohlenrat den Wünschen der Jechenherren schon jetzt recht weit entgegengekommen. Fest steht doch, daß den Besitzern eine besondere Preiserhöhung zum Zwecke der Erneuerung der Anlagen und der Modernisierung der Betriebstechnik bewilligt worden ist. Das bedeutet, daß Mittel der Gesamtheit in Gestalt einer besonderen Steuer ausgebracht und den Besitzern zwecks Aufrechterhaltung ihres Eigentums zur Verfügung gestellt werden. Nicht von den bisher schon sehr hohen Profiten der Besitzer, sondern auf Kosten der Konsumentenschaft werden von jetzt ab die Gruben erhalten. Nicht das Unternehmertum, sondern die Konsumenten sorgen für die Steigerung der Produktivität mit Hilfe der Verbesserung der Betriebstechnik. Jeder Kohlenverbraucher, jeder Industrielle sowohl wie der Letzte und Kleinste, der zur Heizung seiner dürftigen Behausung Kohlen kaufen muß, zahlt mit jedem Zentner Kohle eine erhebliche Summe in Gestalt einer indirekten Steuer für diesen Zweck. Die Summen, die durch diese Steuern ausgebracht werden, fließen in die Taschen der Herren Stinnes, Thy und Konsorten und dienen nach den jetzt geltenden Absichten der Aufgabe, den Besitz dieser Herren zu befestigen.

Das ist unmöglich. In demselben Maße, wie die Gesamtheit zur Erhaltung der Gruben beisteuert, erwirbt sie die Anlagen als ihr Eigentum. Wenn die Grubenbesitzer nicht in der Lage sind, aus den Mitteln, die ihnen normalerweise zufließen, die Anlagen technisch auf einer im Interesse rationaler Produktion gebotenen Höhe zu halten, verlieren sie den letzten Schein von Recht darauf, die Gruben als Eigentum zu besitzen. Sie beweisen damit selbst, daß die Mittel ihrer Eigentums- und Produktionsordnung nicht ausreichen, um die Deckung des Bedarfs der Gesamtheit an der Ware zu garantieren.

Der Staat hat die Konsequenzen daraus zu ziehen. Von der Kontrolle über die Verwendung der Abschreibungen, von der in der amtlichen Meldung die Rede ist, muß der Weg hinaufführen zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Eric Geddes eingeseht mit dem Auftrag, das Budget um 157 Millionen Pfund Sterling zu kürzen. Diese Kommission hat nun ihren Bericht vorgelegt und sie will eine unverhältnismäßige Kürzung der sozialpolitischen und der Bildungsausgaben herbeiführen. Mit Ersparungen im Budget ist das britische Parlament schon einverstanden, aber es wünscht, daß die „Aktion Geddes“, um die jetzt ein leidenschaftlicher Kampf entbrannt ist, die wirklich unproduktiven und unsozialen Ausgaben, nicht aber die sozialpolitisch und kulturell notwendigen Staatsausgaben abhade. Die Geddes-Kommission schlägt Ersparungen in der Höhe von 21 Millionen Pfund bei der Flotte, aber 18 Millionen Pfund bei dem Unterbudget vor. Das schulpflichtige Alter soll herabgesetzt, die Erhaltungspflichten des Staates in den Kleinfunderbewahranstalten eingeeignet werden; und all dies in einem Augenblick, wo die durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Mitleidenschaft gezogene Bevölkerung beinahe acht Millionen Köpfe beträgt! Der in Camberwell gewählte Arbeiterabgeordnete Ammon war eben einer der lautesten und beherztesten Kämpfer in diesem Streit um das

Recht der Kinder, um die anständige Befolgung der Lehrer; und der Ausgang dieser Nachwahlen ist auch als eine Ablehnung oder wenigstens als eine Abdrängung der Art Geddes in anderer Richtung zu bewerten. Die unterlegenen Kandidaten der Regierungspartei haben es offen gesagt, daß sie von der Art Geddes und von der Arbeitslosigkeit umgebracht worden sind.

Aber das international Bedeutsamste an allen diesen Kämpfen ist, daß nun die britischen Arbeiter begriffen haben, daß ihrem Elend, der Arbeitslosigkeit, der Drosselung der Sozialpolitik, der Einengung der Kinderfürsorge und der staatlichen Erziehungstätigkeit nicht anders abzuhelfen ist als durch eine grundlegende Aenderung der auswärtigen Politik des britischen Reiches. Wenn auch Arbeitslosigkeit und Elend die unzertrennlichen Schatten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind; dieses Elend und diese Not, die heute über das Proletariat Großbritanniens hereingebrochen sind, sind die Folgen der imperialistischen Friedensverträge und der konterrevolutionären Politik gegen Sowjetrußland. Während der Rentner- und Bankierstaat

Frankreich dabei leidlich gedeiht, geht der Industriestaat Großbritannien an dieser Politik zugrunde. Und so ist die ganze britische Öffentlichkeit heute nur von der Frage beherrscht, sie wird in allen Zeitschriften und Tageszeitungen ununterbrochen diskutiert: ob die britische Arbeiterklasse schon fähig sei, die Regierung zu übernehmen, oder nicht. Darum sind die Nachrichten die Anzeichen des wachsenden Selbstbewusstseins und Machtwillens des britischen Proletariats, eine zukunftsverheißende Verheißung!

U.S.P.D. und K.A.G.

In der neuesten Nummer des „Mittelungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ wird der Beschluß der kürzlichen Reichskonferenz der U. S. P. D. zu der Aufnahme der K. A. G. registriert. Das Mittelungsblatt bemerkt dazu:

„Die Reichskonferenz hat mit ihrem Beschlusse die Anschlussfrage als ein rein organisatorisches Problem behandelt, was wir aus einer Anzahl von Gründen verstehen können. Sache der K. A. G. wird es sein, ihren Uebertritt als einen politischen Akt und mit einer politischen Begründung zu vollziehen, die über den Organisationsrahmen der U. S. P. hinaus eine Wirkung ausübt, eine Wirkung, der sich auch die nicht entziehen können, die durch die Ereignisse des vergangenen Jahres dem politischen Indifferentismus verfallen sind. Auf der anderen Seite kann natürlich keine Rede davon sein, daß der Uebertritt der K. A. G. eine Neuaufgabe des Eintritts des Spartakusbundes in die U. S. P. im Jahre 1917 werden soll. Solche Experimente können unter keinen Umständen mehr gemacht werden im Interesse der Schaffung einer großen, auf revolutionärem Boden stehenden Massenpartei des Proletariats.“

Richtig ist, daß die Reichskonferenz in ihrem Beschluß die rein organisatorische Seite bei dem Aufnahmeverfahren stark hervorhebt, aber es wäre irrig, daraus zu schließen, daß die Reichskonferenz die politische Seite der Frage deshalb als nebensächlich betrachtete. Zu bekräftigen ist es, daß die K. A. G. es ausdrücklich ablehnt, die Praktiken des Spartakusbundes nachzuahmen, der seinerzeit der U. S. P. nur deshalb beitrug, um ein „schützendes Dach“ über seinen Häuptern zu haben und die Unabhängige Sozialdemokratie von innen heraus zersetzen zu können. Für derartige Experimente ist in der Tat die Zeit längst vorüber.

Arbeiterfragen in Oberschlesien

Ein in Berlin lebender, ober-schlesischer Genosse schreibt uns zur Oberschlesischen Frage:

Die im Vertrag von Versailles festgelegte Verfassung für ein internationales Arbeitsamt sieht im Falle eines Vorstoßes eines Vertragskontrahenten gegen international festgelegte Arbeitsbestimmungen ein Einspruchs-, Klage- und Beschwerderecht vor. Gegen das vertragsverstoßende Land können wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen in die Wege geleitet werden. Alle diese auf dem Papier sich ganz gut ausnehmenden Rechte, die dem I. A. als Organ des Völkerbundes im Friedensvertrag vorbehalten sind, nützen nach erfolgter Uebergabe Ost-Oberschlesiens, der zu Polen kommenden Arbeiterschaft gar nichts. Das hat das I. A. auch rechtzeitig erkannt und in einer Denkschrift, die es aus Anlaß des Zusammentritts der durch die Einschließung der Bolschewikerkonferenz vom 20. 10. 21 vorgehenden ober-schlesischen Kommission „zur Beratung von Arbeiterfragen“ veröffentlichte, eine besondere Einrichtung zur Sicherung der Ausführung des Vertrages in den Arbeitsfragen verlangt. Dagegen hat man sich bezeichnenderweise gestraubt. Dabei heißt es im Artikel 2 der Bolschewikerkonferenz:

„Die Vorschriften, die im Abstimmungsgebiet in der Arbeitsgesetzgebung, einschließlich der Einrichtung von Aufsichtsbehörden in Kraft sind, werden in dem Teil des Abstimmungsgebietes in Kraft bleiben, der Polen zuerkannt wird, bis Polen auf diesen Gebieten Vorschriften erlassen hat, die in seinem ganzen Gebiet anzuwenden sind, und an ihre Stelle treten können, wobei jedoch Polen das Recht haben wird, in der polnisch-oberschlesischen Zone die Änderungen einzuführen, die Deutschland auf seinem Gebiet anzuordnen für gut befindet.“

Die Anerkennung der Institution des I. A. setzt selbstverständlich voraus, daß ihm zur wirksamen Beaufsichtigung und Ueberwachung international getroffener Verträge auch die notwendigen Machtbefugnisse eingeräumt werden. Man kann nur wünschen, daß das I. A. bei der schwierigsten und bedeutungsvollsten Aufgabe, vor die es hier gestellt wird, in der Lage sein wird, seine Existenzberechtigung in einer wichtigen Frage zu erweisen.

Wenn es in den Schlussbemerkungen der Versailles Bestimmungen für ein I. A. heißt: „daß, wenn die durch die industriellen Staatengemeinschaften angenommenen Methoden und Grundzüge der Arbeit international akzeptiert sind, die geeignet sind, unschätzbare Wohltaten über die Lohnarbeiter der Welt auszubreiten“, so haben sowohl die polnischen wie auch die deutschen Vertreter der Gewerkschaften bei den weiteren Verhandlungen klar zu machen, daß das alles auf dem Papier stehen bleibt, solange nicht der Ueberwachungskommission im Interesse der Aufrechterhaltung der sozialen Ertragsgewinne für die zu Polen kommenden deutschen Arbeiterschaft alle Machtmittel verbleiben werden, deren sie zur Durchführung der ihr gestellten Aufgabe benötigt.

Wir von unserem Standpunkt haben aber ein dauerndes, geschlossenes Vorgehen und eine wirksame Verteidigung der polnischen und der deutschen Gewerkschaften, namentlich in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien, zu fordern, die sowohl für die vorliegende Aufgabe dieser Kommission, als auch für die Gesamtinteressen des ober-schlesischen und des gesamten polnischen Proletariats von der allerdringlichsten Bedeutung ist. Sonst wird besonders die Arbeiterschaft in Oberschlesien die Früchte des Abstimmungsabers sehr bald zu spüren bekommen.

M. F.

Ein vorbildlicher Beamter

Im Reichstage ist von dem rechtssozialistischen Abg. Tzengel an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, welchen Umständen der Regierungsrat Helfft seine Beförderung verdankt. Von diesem Herrn wird mitgeteilt:

Beim Treuhänder für das jüdische Vermögen ist der frühere Rechtsanwalt, jetzige Regierungsrat Helfft angestellt. Seine Anstellung, zunächst als Vertragsangestellter, erfolgte Anfang 1921, obwohl dieser Beamte, der bis dahin Vorsteher eines Berliner Wohnungsamts gewesen ist, wegen dienstlicher Vergehen (Wesentlichkeit) vom Zentral-Wohnungsamt seinerzeit, also vor etwa zwei Jahren, des Amtes enthoben worden ist. Wegen dieser dienstlichen Vergehen ist Regierungsrat Helfft laut Zeitungsnachrichten vor einiger Zeit zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Seine Beförderung zum Regierungsrat soll gegen den Einspruch des Reichsministers für Wiederaufbau erfolgt sein. Im Kapp-Putsch demonstrierte Helfft für das Gelingen dieses Hochverrats, indem er während der Putschtage im Dienste die frühere Offiziersuniform trug. Im erwähnten Strafverfahren vertheidigte Helfft u. a. sich damit, daß, wenn er sich bereichern wolle, er in seiner dienstlichen Stellung beim Treuhänder für das jüdische Vermögen hierfür genügend Gelegenheit hätte.

Weiter wird in der Anfrage mitgeteilt, daß bei der gleichen Behörde wie Herr Helfft ein Herr Schlaenge

Sabotage der Zwangsanleihe

Die ungeheure Täuschung

In der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt sich Georg Bernhard kritisch mit der Mitteilung des Finanzministeriums über die Vorbereitung der Ausführung der Zwangsanleihe. Mit Recht stellt er fest, daß die Regierung, über die jetzt im Finanzministerium gepflogenen Verhandlungen stillschweigend zu bewahren, der Furcht entspringt, daß die Veröffentlichung dieses Planes als Ankündigung der bewußten Sabotage des Steuerkompromisses mindestens bei einem Teil der Kompromißparteien wenig freundlich aufgenommen werden würde.

Bernhard wendet sich ferner gegen die Absicht, den Schlüssel zur Erhebung der Zwangsanleihe nicht jetzt durch Gesetz festzusetzen, sondern das den Ausführungsbestimmungen zu überlassen, die vom Finanzministerium allein zu erlassen sind. Das ginge nicht, und zwar ebensowenig wie die Hinausschiebung der Erhebung der Zwangsanleihe. Im einzelnen sagt Bernhard:

„Es handelt sich hier um die ernsteste politische Frage, vor der Deutschland seit Jahren gestanden hat. Die Regierung hat das Zustandekommen eines Steuerkompromisses namentlich auch um desswillen für besonders dringend erklärt, weil gegenüber den Noten der Reparationskommission und insbesondere gegenüber den englischen Mahnungen und Vorstellungen durch das Steuerkompromiß der Beweis dafür erbracht werden sollte, daß Deutschland es mit der Ordnung seines Budgets und auch mit finanziellen Vorkehrungen für die Beschaffung des Reparationsbedarfs durchaus ernst nehme. Dieses Steuerkompromiß zerfällt nun in zwei Teile. Der erste Teil umfaßt jene Steuern, die der Reichsfinanzminister zur Deckung des ordentlichen Budgets bereits in den Etat für 1922 eingelegt hat. Den zweiten Teil bildet die Zwangsanleihe, die den Anfang für die Aufbringung anderer Mittel zur Beschaffung der Reparationskosten darstellen soll, als die fortgesetzte Ausgabe neuer Banknoten. Ob dieser Zweck durch die Zwangsanleihe erreicht werden würde, war von Anfang an zweifelhaft. Aber beim Abschluß des Kompromisses ist es andererseits doch für selbstverständlich gehalten worden, daß das für das Etatsjahr 1922 vorgesehene Mittel auch in dem Etatsjahr 1922 noch wirksam werden sollte.“

Wenn nun jetzt plötzlich von Seiten des Reichsfinanzministeriums es als beinahe selbstverständlich betrachtet wird, daß die Zwangsanleihe im Jahre 1922 nicht mehr erhoben wird und anscheinend nicht einmal zum Teil erhoben werden soll, so gewinnt dadurch unseres Erachtens das ganze Finanzkompromiß den Charakter einer ungeheuren Täuschung. Einer Täuschung sowohl für einen Teil der Kompromißparteien, die das Kompromiß gut-

gläubig eingehen. Vor allem aber einer Täuschung breiter Volksmassen, die geglaubt haben, daß hier ein sofort wirksamer Ersatz für die schon so lange in Aussicht gestellte Besteuerung geschaffen werden sollte. Doch lassen wir einmal diese politischen Momente ganz beiseite. Betrachten wir die Dinge rein etatismäßig und finanziell. Dann bedeutet der Verzicht auf die Zwangsanleihe ein sicheres ungeheures weiteres Anschwellen des Notenumlaufes für das Etatsjahr 1922. Unter diesen Umständen kann man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn der Dollar dauernd weiter in die Höhe geht. Und man wird sich vor allem nicht wundern dürfen, wenn es Deutschland nach wie vor nicht möglich sein sollte, Auslandsanleihen zu bekommen. Denn jeder Gläubiger, der bereit ist, Deutschland solche Anleihen zu geben, wird sich doch zunächst danach erkundigen, welche Vorbereitungen denn eigentlich in Deutschland für die Sicherung der Amuität einer solchen Anleihe geschaffen ist. Nichts handelt es sich hier nicht nur um eine Sabotage des Finanzkompromisses, nicht bloß um eine Sabotage jener Reparationsleistung auf vernünftiger Basis, sondern vor allem auch um die Sabotage jeder vernünftigen Finanzwirtschaft im Reich.“

Auch wir sind der Meinung, daß die Haltung des Finanzministeriums hauptsächlich eine Sabotage jeder vernünftigen Finanzwirtschaft ist. Man will in diesen Kreisen ebenso wie bei Industrie, Handel und Landwirtschaft keine Beseitigung oder Eindämmung der Notenslut. Denn sie ist ja die Quelle riesengroßer Gewinne für alle Sachwertbesitzer, sie vermindert dauernd die Steuerlasten der Besitzenden und erleichtert die Kapitalflucht und die Steuerhinterziehung. Jeder Vorteil der Besitzenden aber ist ein Nachteil für die Besitzer fester Einkommen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger können deshalb nicht ruhig zusehen, wie alle Lasten der neuen Steuererhebung ihnen aufgedrückt werden, während die Besitzenden sich den ihnen zugebachten geringen Belastungen zu entziehen vermögen.

Eine Zuschrift des Finanzministeriums an die Presse bestritt die Richtigkeit der von der „D. A. Ztg.“ über die Verhandlungen zwischen Hermes und der Deutschen Volkspartei veröffentlichten Mitteilungen. U. a. wird mitgeteilt, H. habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das ganze Problem darauf hinausläufe, unter Sicherstellung der Sanierung der Finanzverwaltung doch einen größeren Betrag schon in diesem Jahre aus der Zwangsanleihe herauszuholen. Er hat die Vertreter der Deutschen Volkspartei besonders gebeten, diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu schenken, und Vorschläge in dieser Hinsicht zur künftigen Beratung erbeten.

amtiere, der dienstlich und außerdienstlich die Regierung mit Vorliebe „Judenregierung“ nenne.

Ein Fastnachtschertz

Das „Berliner Tageblatt“ entnimmt einer Lokalkorrespondenz eine Meldung der konservativen „Mittelpreussischen Zeitung“, wonach die kürzlich erfolgte Uebersiedlung einer Anzahl führender russischer Sozialrevolutionäre nach Berlin und der Uebergang der früheren liberalen russischen Zeitung „Golos Rossii“ in ihre Hände „die Frucht längerer Verhandlungen der Sozialrevolutionäre mit den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ sei. Es wird weiter behauptet, daß die Sozialrevolutionäre ihre Zeitung mit Hilfe der Unabhängigen Sozialdemokratie gegründet hätten. Die eine wie die andere Behauptung ist vollständig aus den Fingern gesogen. Damit kennzeichnen sich auch die an diese Falschmeldungen geknüpften politischen Betrachtungen als Kannegießerei überster Sorte. Wertwürdig erachtet nicht nur die Anorientiertheit des „Berliner Tageblatts“, sondern auch die Tatsache, daß sich ein führendes hauptstädtisches Blatt seine politische Erleuchtung aus einem abstrusen Provinzialblättchen holt, dessen plötzliche Bolschewistenfreundlichkeit zumindest recht fragwürdiger Natur ist.

Die Gelben und die Eisenbahner

Der gelbe Geisler setzt seine Bemühungen um die Zerstörung der Beamtengewerkschaften fort. Er hatte zum 25. Februar eine Sitzung der weder im Beamtentand noch unter der Führung eines anderen Spitzenverbandes organisierten Beamtenvereine zusammenberufen. Dort hielt er eine Rede, in der er nach einem im „Vorwärts“ veröffentlichten Bericht die Nützlichkeit seines Wirkens folgendermaßen zu begründen suchte:

„Nach seinen Informationen werde der neue Streik der Eisenbahner am 18. März bestimmt einsehen. Diesen Streik würden auch die nicht linzgerichteten Elemente mitmachen, weil er sich gegen die von den bürgerlichen Parteien verlangten und vom Reichsverkehrminister beabsichtigten Maßregelungen wende. Man könne durchaus verstehen, daß die Eisenbahnbeamten sich nicht von dunklen Ehrenmännern, als die sie heute in der Regierung stehenden Persönlichkeiten nun einmal betrachten, wegregeln lassen wollen. Denn daß der Beamtensstreik überhaupt möglich gewesen ist, daran trage die Regierung die alleinige Schuld. Bei dem kommenden Eisenbahnstreik liege allerdings die Gefahr nahe, daß die Kommunisten verfahren würden, die Bewegung für sich auszunutzen. Deutsche Gelder würden in Rußland in Massen hergestellt; daher verfüge auch die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner über so labile Gelder. (1) Den Führern der Reichsgewerkschaft sei überhaupt nicht zu trauen. Sie können ebenso gut nach rechts wie nach links. Auch er forderte die schnelle Schaffung eines Antirevolutionshofes.“

Herr Geisler benutzte also die Gelegenheit, um gegen die Kommunisten und gegen die Reichsregierung gleichzeitig zu gehen. Die reaktionäre Presse unterstützt ihn darin, indem sie gruselige Schauerreden über Vorbereitungen zu einem kommunistischen Märzputsch erzählt, der ebenfalls mit einem neuen Eisenbahnstreik in Verbindung gebracht wird. Das ganze bemerkt nur, daß die Ultrareaktionäre einen neuen Eisenbahnstreik nicht ungern sehen würden und auch den Februarstreik mit Vergnügen beobachtet haben. Es ist notwendig, daß die Reichsgewerkschaft auf diese Dinge acht gibt und dafür sorgt, daß nicht Strömungen in ihren Reihen Platz greifen, die die Macht der Organisation für dunkle Zwecke mißbrauchen. Jede Unklarheit über die Motive ihres Handelns, die in der Öffentlichkeit entsteht, muß ihr zum Nachteil gereichen.

Massendisciplinierungen

Aus den Kreisen der Eisenbahnbeamten wird uns geschrieben: Die Nr. 83 des „Berliner Tageblatts“ bringt die Meldung der 2. Lokalkorrespondenz, worin behauptet wird, daß gegen unklüdbare Beamte ungefähr 5 bis 600 Disziplinarverfahren mit Bezug auf die Vorgänge während des letzten Eisenbahn-

streiks eingeleitet worden sind. Die Korrespondenz, die scheinbar die Information der Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums als Grundlage genommen hat, gibt weiter zu, daß für klüdbare Beamte 10 bis 15 000 Entlassungen in Frage kommen. Gar nicht angegeben wird die Zahl der Entlassungen von außerplanmäßigen Beamten und Arbeiter. Damit hat das Reichsverkehrsministerium ohne weiteres zugestimmt, daß die vom Genossen Dittmann angegebene Zahl von Disziplinierungen in Höhe von ca. 30 000 nicht zu hoch gegriffen, sondern tatsächlich noch zu niedrig ist. Rächerlich ist dabei der Hinweis der Korrespondenz, daß also der Kreis der Gemäßigtesten sehr klein sein dürfte und man demnach von Massen-Disziplinierungen keinesfalls sprechen könne. Interessant ist, daß dieselbe Korrespondenz angibt, daß ab 1. 4. d. J. der Personalbestand der Reichseisenbahn um 20 000 Arbeitnehmer zu verringern sei. Die Korrespondenz versucht nun, den Gegensatz zwischen Beamten und Arbeitern herauszutristalisieren, indem sie der Arbeiterschaft klar zu machen sucht, daß — falls die Beamten wieder eingestellt würden — diese 20 000 Arbeiter dafür entlassen werden müßten. Man schämt sich also gar nicht, eine Besatzung gegen die andere auszuspielen.

Tagung der Kommunistischen Internationale

DE. Moskau, 28. Februar.

Auf der Tagung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale erstattete Sinowjew Bericht über die Entwicklung des Weltkommunismus. Was Deutschland betreffe, so sei die K.P.D. trotz aller Reisen aus den Kämpfen erfolgreich hervorgegangen. (1) Die Ansicht, daß der Dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale nach rechts abgelenkt sei, habe sich als unrichtig erwieken. Die äußersten Linken und die äußersten rechten Gruppen hätten die Lage der russischen Revolution und die Notwendigkeit nicht verstanden, dem Kapitalismus angesichts der langsamen Entwicklung der Weltrevolution Zugeständnisse zu machen. Ein Teil dieser Gruppen sei zu den Anarchisten übergegangen und unterstütze im Verfolg ihrer Taktik die bürgerliche Reaktion, wie z. B. in Frankreich. Nach Ausführungen über den Stand der revolutionären Bewegungen in Italien, Frankreich, Island und Indien erklärte Sinowjew, daß es vollkommen falsch sei, diese Entwicklung zu auszuwärtigen, als ob die revolutionäre Welle wieder zurückgedrückt sei. Das Gegenteil sei vielmehr der Fall. Nach dem Dritten Weltkongreß sei es in Deutschland, England, Polen und in anderen Ländern zu umfangreichen Streikbewegungen gekommen, in deren Verlauf die kommunistischen Parteien erfolgreich zu wirken vermochten.

Kabel erstattete Bericht über seine Verhandlungen mit den Vertretern der Wiener Internationale, Lebedow und Adler. Es sei von einer gemeinsamen Konferenz die Rede gewesen, auf der eine Mindestzahl jener Fragen beraten werden sollte, die gegenwärtig für das internationale Proletariat von besonderer Wichtigkeit seien. Diese Fragen seien: die deutsche Wiedergutmachung, die Anerkennung der Sowjetregierung, der Achttundentag, die Arbeitslosigkeit. Die Vertreter der Internationale 2 1/2 waren mit dieser Tagesordnung einverstanden, doch scheiterte der Plan an der Gewerkschaftsfrage, da Amsterdam sich weigerte, mit der Roten Gewerkschaftsinternationale zu verhandeln. Adler habe erklärt, daß die deutschen Reichsbewegungsvielleicht selbst in dem Maße nicht an einer internationalen Konferenz teilnehmen würden, wenn ein dahingehender Beschluß der Zweiten Internationale gefaßt würde. Die englische Arbeiterpartei habe ihre Teilnahme versprochen.

Von Herrn Dr. Rahnberger erhalten wir folgende Zuschrift: In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom 25. Februar empfehlen Sie in der Notiz „Eine Befähigung“ der „Germania“ eine Anfrage bei dem Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, mit dem Bemerkten, daß dieser mehr über die angeblichen Differenzen des Herrn Ministers Hermes im Zentrum mitteilen könne, als der „Germania“ lieb sei. Eine diesbezügliche Anfrage der „Germania“ bei mir würde kein anderes Ergebnis haben, als das in der „Germania“ bereits bekanntgegebene, da auch meine Mitteilungen sich durchaus in der von der „Germania“ getragenen Richtung würden bewegen müssen.

Die Ernährungskatastrophe

Von Karl Marchionini

Wir stehen mitten in einer Ernährungskrise, die von Woche zu Woche bedrohlicher wird und deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Die Preise für Brot und Kartoffeln sind so hoch gestiegen, daß ein großer Teil armer Familien in Deutschland nicht das notwendige Quantum an Nahrungsmitteln kaufen kann. Was das für diese Darben nach der langen Hungerperiode des Krieges und der Nachkriegszeit zu bedeuten hat, braucht hier nicht näher auseinandergesetzt zu werden. Wir hätten den Ernährungsjammer nicht in diesem Umfang, wenn nicht ein erheblicher Teil der menschlichen Nahrungsmittel an Vieh und Schweine verfüttert würde. Diese werden rund und fett gemacht, während die Menschen hungern müssen. Zwar müßte ein solcher Zustand sofort beseitigt werden, denn wir haben ein Reichsernährungsamt, das dem Steuerzahler hohe Summen kostet. Doch dies Reichsernährungsamt sorgt in erster Linie für das Fettwerden der Schweine und für das Wohl deren Besitzer. Es ist ein Amt, das seine Aufgabe darin sieht, die Agrarier gut zu ernähren, ihren Geldbeutel zu füllen.

Wir haben seit einiger Zeit eine Kartoffelsteuerung, einen Mangel an Speisekartoffeln in den Verbrauchergebieten. Was tut das Reichsernährungsamt, um diesen Mangel zu beseitigen? Nichts! Der Zustand ist so arg, daß selbst in „national“ gesinnten Zeitungen Vorschläge zur Verringerung der Kartoffelsteuer gemacht werden. Das Reichsernährungsamt rührt sich nicht. Wenn demnächst die hungernden Massen in den Städten auf die Straße gehen, so wird man gegen sie Polizei und Justiz mobil machen. Wäre es nicht angebracht, bei Zeiten dafür zu sorgen, daß die Massen sich einigermaßen ernähren können? Nach dieser Richtung geschieht nichts. Man läßt das „freie Spiel der Kräfte“ walten; die Profitwirtschaft kann sich ungehindert austoben und darauf ist die Tatsache zurückzuführen, daß die armen Verbraucher hungern müssen. Die Schweinemast mit Kartoffeln bringt den Landwirten mehr Profit ein, als der Verkauf von Kartoffeln an die Verbraucher, und deshalb warten diese vergeblich auf die notwendige Nahrung.

Vor dem Kriege, im Jahre 1913, führte Deutschland 7,3 Millionen Tonnen Lebens- und Genußmittel ein. An Futtermitteln wurden 5 1/2 Millionen Tonnen mehr eingeführt als ausgeführt. Mit diesen Futtermitteln wurde im wesentlichen der deutsche Viehbestand unterhalten. Außerdem baute Deutschland gegen 50 Millionen Tonnen Kartoffeln. Wir hatten im Jahre 1914 25 Millionen Schweine, die zusammen mit dem Geflügel 26 Millionen Tonnen Kartoffeln wegfrachten.

Wie liegen die Dinge jetzt? Die Zahlen der jetzigen Einfuhr an Genuß- und Futtermitteln reichen bei weitem nicht an die Zahlen der Vorkriegszeit heran. Im Jahre 1920 wurden eingeführt:

Weizen	591 490	Tonnen
Roggen	404 126	„
Weizenmehl	56 000	„
Roggenmehl	22 045	„
Häfenfrüchte	18 750	„
Futtermittel	60 250	„
Futtermittelrohstoffe	530 000	„

Es sind also nur gegen 400 000 Tonnen Futtermittel und Futtermittelrohstoffe eingeführt worden gegen 5,2 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Hier sehen wir ein starkes Mißverhältnis. Ist nur auch die Vieh- und Schweineziffer in Deutschland dementsprechend gesunken? Reineswegs! Am 1. Dezember 1914 wurden gezählt:

Rinder (inkl. Kalber)	21 817 375
Schweine	25 339 360

Während des Krieges verminderten sich diese Zahlen bedeutend, weil die Futtermittel fehlten, und weil die Kriegswirtschaft wenigstens zum Teil dafür sorgte, daß die Menschen nicht ganz vom Vieh und den Schweinen aufgefressen wurden. So gab es im Jahre 1918:

Rindvieh (inkl. Kalber)	16 917 458
Schweine	9 847 745

In der Nachkriegszeit hat sich an den Zahlen des Rindviehbestandes wenig geändert. Dagegen ist die Ziffer der Schweine bedeutend gestiegen. So gab es:

im Jahre 1920	14 179 168	Schweine
im Jahre 1921	15 875 636	Schweine

Seit dem Jahre 1918 hat sich die Zahl der Schweine um über 6 Millionen vermehrt. Demgegenüber vergleiche man die geringe Einfuhr der Futtermittel, und was für unsere Betrachtungen besonders maßgebend ist — das Ergebnis der deutschen Kartoffelernte. Bauen wir noch 50 Millionen Tonnen Kartoffeln, daß wir uns eine Mast von vielen Millionen Schweinen leisten können? Der Ertrag an Kartoffeln in Deutschland im Jahre 1921 ist auf 26 151 390 Tonnen angegeben. Das ist etwas mehr als die Hälfte der Vorkriegsernten. Sie wird bestimmt zu niedrig sein. Mag sie aber auch 2 bis 3 Millionen Tonnen höher sein. Diese Kartoffelernte gestattet uns nicht, einen so hohen Schweinebestand bei der geringen Einfuhr von Futtermitteln zu halten. Hier sind die Wurzeln der Kartoffelsteuerung und Kartoffelnot zu suchen. Die Schweine fressen den Menschen die Kartoffeln weg und damit verzehren sie sie auf indirektem Wege.

In den alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 52 vom 21. Februar 1922) steht sich auch ein bürgerliches Mitglied des sächsischen Landtages, Bernhard Claus, veranlaßt, auf diesen Mißstand hinzuweisen. Dieser Herr meint, durch eine übertriebene Schweinezucht würde die Kartoffelversorgung am schwersten gefährdet. Der Bauer sei ein guter Rechner und finde gar bald heraus, daß er bei den hohen Viehpreisen mit dem Verfüttern der Kartoffeln besser wegkommt, als mit dem Verkauf zu Speisekartoffeln. Ein 2 1/2 Zentner Schwein bringe es zur Zeit auf 5000 Mark, das sei ein Erlös, der zu dem Gesehungskosten in keinem Verhältnis stehe. Für ein Zentner seien 300 Mark, für 20 Zentner Kartoffeln (die neben Kraftfutter gebraucht werden, um ein Schwein aufzufüttern) 175 Mark gleich 1500 Mark, für zwei Zentner verbilligten Mais 175 Mark gleich 150 Mark und für Weizen und sonstige Unkosten höchstens 600 Mark, insgesamt also 2550 Mark. Hieraus erkläre sich der Widerstand, Speisekartoffeln zu den bisher notierten Marktpreisen herauszugeben. So erklärt es sich auch, daß die Kartoffeln, die so dringend zur unmittelbaren Ernährung der Bevölkerung gebraucht würden, an die Schweine verfüttert würden.

Herr Claus fordert, das Reich müßte die Angemessenheitspreise einheitlich fürs ganze Reich festlegen und gleichmäßig

die Preise für Schweine so bemessen, daß eine übermäßige Verfütterung nicht mehr zu befürchten wäre.

Also eine Rückkehr zu der so tief geachteten „Zwangswirtschaft“. Das ist das glatte Eingeständnis, daß die freie Wirtschaft, die uns billige und reichliche Nahrungsmittel bringen sollte, jammervoll versagt hat. Trotzdem hat in diesen Tagen der Reichsernährungsminister im Reichstag beklammert, er halte das Ziel fest: völlige Bewegungsfreiheit für die deutsche Landwirtschaft. Wir kennen diese Bewegungsfreiheit. Sie ist weiter nichts als Wucherfreiheit. Wäre es nicht zweckmäßig, die Ausgaben für dies famose Reichsernährungsministerium um Etat zu streichen und seine Finanzierung den Agrariern zu überlassen, in deren Diensten dieses Amt steht?

Soll sich die Arbeiterklasse diese Zustände länger gefallen lassen? Will sie sich wirklich auf die Dauer die notwendigen Nahrungsmittel von den Schweinen wegessen lassen, die heute entweder für den Tisch der Reichen oder für das Ausland geschlachtet werden? Auch die Arbeiter, Angestellten, die Beamten, die heute noch auf bürgerlichem Boden stehen, können diese Ernährungsmißwirtschaft nicht mehr lange ertragen. Sie müssen unbedingt auf eine Verringerung dringen. Brotgetreide und Kartoffeln müssen auf dem Wege des Umlageverfahrens den Verbrauchern sichergestellt werden. Das ist eine Forderung, die erfüllt werden muß. Ebenso darf mit dem Fleisch nicht Wucher getrieben werden. Das Auslandsfleisch ist wesentlich billiger als inländisches Fleisch. Würde es wegleiten, dann würden erst die inländischen Fleischpreise steigen, dann würden erst recht die Kartoffeln den Verbrauchern vorenthalten werden. Bekommen wir Zustände, unter denen eine Einfuhr von Fleisch und Getreide nicht möglich ist, dann ist ein Teil der Bevölkerung verloren.

Von den Agrariern ist nicht das mindeste zu erwarten. Die wollen völlige Wucherfreiheit. Der 6. Kartoffeltag in Berlin hat wohl billige Tarife für Speisekartoffeln und Düngemittel verlangt und auch gefordert, die Düngemittelpreise nicht ins Ungemessene steigen zu lassen; für die Kartoffeln aber hat er die völlig freie Wirtschaft verlangt. Nicht einmal die Kartoffelverarbeitenden Gewerbe, wie die Spiritusbrennereien sollen beschränkt werden im Erwerb von Kartoffeln. Dann aber ist er für die Aufhebung der Wuchergesetze eingetreten.

Und der Reichslandtag hat auf seiner Tagung in Hannover in einer Resolution sich wohl gegen den Eisenbahnerstreik gewandt und das „Austragen wirtschaftlicher Kämpfe zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile als volkswirtschaftlich schädliche Erscheinung aufs schärfste verurteilt“, für die Agrarier aber hat derselbe Landtag in der gleichen Resolution das Streikrecht proklamiert! Zunächst hat er erklärt, ein Versuch, am Umlageverfahren festzuhalten, würde zu einem völligen Mißerfolg führen. Das heißt also, die Agrarier würden nicht liefern. Dann aber ist bestimmt betont worden, die Landwirtschaft sei fest entschlossen, der Reichsgetreide-Allianzgesellschaft jede Lieferung zu verweigern und endlich sind die „schärfsten Mittel“ angekündigt, um eine „gerechte Besteuerung“ zu erreichen. Es fehlt nur noch die Ankündigung der Einbringung eines Gesehentwurfes im Reichstag, daß in Deutschland allein die Agrarier das Streikrecht haben.

Die Dinge sind außerordentlich bedrohlich geworden. Hier müssen starke Eingriffe der Gesetzgebung sofort erfolgen. Es geht nicht, in einem Lande, das von einer hohen Kasatamauer umgeben ist, unbeschränkte Wucherfreiheit zu gestatten. Die freie Wirtschaft setzt normale Zustände auf dem Gebiete der Kasuta voraus, und die fehlen in Deutschland. Die politischen Arbeiterpartei, die Gewerkschaften, die Angestellten- und Beamtenbünde müssen mit aller Energie Maßnahmen zur Sicherstellung der notwendigen Nahrungsmittel verlangen. Reichsregierung, bürgerliche Reichstagsmehrheit müssen Farbe bekennen. Sie allein tragen die Verantwortung für diese unerhörten Mißstände.

Preussischer Landwirtschaftsetat

Beratungen im Hauptausschuß des preussischen Landtages

Der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung zeigt in diesem Jahre ein ganz anderes Bild wie im Jahre 1921. Die Einnahmen sind von reichlich 70 Millionen auf 54 Millionen zurückgegangen. Die dauernden und einmaligen außerordentlichen Ausgaben sind dagegen von etwa 228 Millionen im Jahre 1921 auf etwa 294 Millionen in diesem Etatsjahre gestiegen. Damit wird ein Gesamtausfluß von rund 240 Millionen Mark im Gegensatz zu 158 Millionen im Vorjahre notwendig. Die für die Durchführung der Landgewinnung und Restorationsarbeit bereitgestellten Mittel haben eine Erhöhung erfahren müssen, aber trotzdem als vollständig ungenügend bezeichnet werden. Für das ländliche Fortbildungsschulwesen sind 7 Millionen Mark ausgeworfen, während zu den Preisen für Pferdebesitzer 30 Millionen vorgezogen sind. Die Vertreter unserer Fraktion beantragten, den letzten Posten zu streichen.

In der allgemeinen Aussprache kam die Ansicht aller Parteien zum Ausdruck, mit allen Mitteln die landwirtschaftliche Produktion heben zu müssen. Im Vordergrund der Debatte stand das sogenannte Hilfswerk der Landwirtschaft. Die Rechtsparteien rücken selbstverständlich mit den Forderungen des Reichslandtages heraus, die zur Durchführung des Hilfswerks und zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion die Aufhebung des Umlageverfahrens für das Brotgetreide, vermehrten Postensatz für das ländliche Gebiet, steuerliche Erleichterungen usw. vorsehen.

Die Erklärung des Landwirtschaftsministers Dr. Wendorf, daß er in der Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft die einzige Möglichkeit zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erblicke, rief bei den Rechtssozialisten eine lautmächtigste Zustimmung hervor. Wittig (S. V. D.) kritisierte die Haltung des Ministers und appellierte an das Gewissen der Agrarier, die Verhältnisse nicht auf die Spitze zu treiben. Die Rechtssozialisten sind über die Stellung des Ministers zum Umlageverfahren erstaunt, während andererseits von den Vertretern der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen diese Stellungnahme des Ministers mit Freude begrüßt wurde.

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie brachten einen Antrag ein, in dem die Ausdehnung des Umlageverfahrens auf Kartoffeln und Milch und die Gestattung des Umlageverfahrens für Brotgetreide und Milch gefordert wird, daß eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in erlöswirtschaftlichen Breiten sichergestellt werden kann. Genosse Klauher wies auf die enge Weingemeinschaft der Demokraten und des demokratischen Landwirtschaftsministers mit den Deutschnationalen hin. Die aus dem Lande eintreffenden Nachrichten, wonach bis 2200 Mark für einen Doppelzentner Brotgetreide kommender Ernte bei 1000 Mark sofortiger Anschaffung geboten werden, lassen trübselige Aussichten für die Brotgetreideversorgung der Zukunft aufkommen. Wenn die Regierung nicht den Forderungen der Agrarier entgegentritt, wird sie für die eintretende wirtschaftliche Notlage des Volkes mitverantwortlich gemacht werden müssen. Zur Hebung der Produktion muß den Landarbeitern mehr Mitsprache

gegeben werden, vor allen Dingen muß ihnen menschenwürdige Behandlung und ausreichende Entlohnung gewährt werden. Weiter muß der schnelle Ausbau der elenden Wohnungen vorgenommen werden. Alle Bestrebungen zur Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens, der Moor- und Bodenkultivierung und der Landgewinnung werden meine Freunde unterstützen. Der kommunistische Redner trat den Ausführungen anderer Redner bei.

Für die Förderung der Fischerei forderte Genosse Jürgens die Anwendung aller Fangmethoden und die Versorgung der Bevölkerung mit Fischen möglichst unabhängig von der Einfuhr vom Auslande sicher zu stellen. Es muß von der Staatsregierung gefordert werden, daß sie unter allen Umständen versucht, die Fischebar vorhandenen Gegenstände in den Fischereieregierungsstellen aus der Welt zu schaffen. Unverkennbar bedauerlich sei, daß diese Frage von einzelnen parteipolitisch ausgeschlagenen versucht werde. Derartige Fragen könnten nur nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden.

Nach lebhafter Auseinandersetzung über die Mißstände in der Verwaltung der staatlichen Behörden für Obst- und Gartenbau in Gelsenkirchen, die auf eine starke Korruption in der Anstaltsleitung schließen läßt, wurde die Beratung vertagt.

Vollstimmung in Irland

London, 23. Februar. (Intell.)

Die außerordentliche Konferenz der irischen Labour Party (Arbeiterpartei) beschloß in die Kampagne für die Vollstimmung über den englisch-irischen Ausgleich noch vor den allgemeinen Wahlen einzutreten.

Gestern kam es zu neuen Zusammenstößen in den Grafschaften Kerry und Tipperary. Zwei Arbeiterpolitiker wurden verurteilt. Die im Gefängnis von Belfast eingekerkerten Sinnfeiner haben gemeutert. Sie zerhieben die Fenster und demolierten das Inventar. Die Gefängnisdirektion hat Polizei angefordert, um der Meuterei Herr zu werden.

Die Versenkung der „Tubantia“

Der Schiedspruch der internationalen Untersuchungskommission

W. L. B. meldet: Die auf Grund einer bereits während des Krieges getroffenen Vereinbarung zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung unter Vorsitz des Bundesrats Hoffmann im Haag zu Anfang dieses Jahres zusammengetretene Internationale Untersuchungskommission zur Feststellung der Ursache des am 16. März 1918 erfolgten Unterganges des niederländischen Dampfers „Tubantia“ hat am 27. Februar d. J. ihren Spruch verkündet. Die Kommission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die „Tubantia“ durch einen Torpedo, der durch ein deutsches U-Boot lanciert war, gesunken ist. Ob die Torpedierung wissenschaftlich oder infolge eines Irrtums geschehen ist, wurde als unentschieden erklärt.

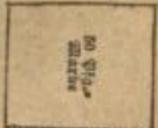
Zu der „Tubantia“-Angelegenheit wird der „Dema“ noch von unterrichteter Seite mitgeteilt: Am 16. März 1918 zwischen 6 und 7 Uhr vormittags sank der Dampfer „Tubantia“ von der Holland-Südamerika-Linie unweit des Nordhinder-Feuerschiffs, nachdem 2 1/2 Uhr eine heftige Explosion stattgefunden hatte. Auf niederländischer Seite wurde vermutet, daß die „Tubantia“ von einem deutschen U-Boot torpediert worden sei. Diese Annahme stütze sich auf die Aussagen des Ausguckpostens und zweier Offiziere, die etwas Schlimmes wie eine Torpedolauflage gesehen haben wollen, sowie auf die Tatsache, daß Bronzestücke des deutschen Torpedos 2033 in Beibooten der „Tubantia“ gefunden worden sind. Der Verdacht der niederländischen Regierung richtete sich gegen das U-Boot 13, zu dessen Bewaffnung der Torpedo 2033 gehörte. Deutscherseits wurde bestritten, daß die „Tubantia“ durch ein deutsches U-Boot torpediert worden sei und die Ansicht vertrete, daß die „Tubantia“ möglicherweise gegen den treibenden Torpedo Nr. 2033 gefahren sei, der nach dem Kriegstagebuch von U-Boot 13 bereits am 6. 2. zwei Seemeilen nördlich von Nordhinder-Feuerschiff gegen einen englischen Zerstörer lanciert worden sei. Bei der Schwere der Sachlage kamen die deutschen und die niederländische Regierung im Jahre 1917 überein, nach dem Kriege die Angelegenheit einem internationalen Untersuchungskomitee gemäß den Bestimmungen des Haager Vertrages von 1907 zu unterbreiten. Nach der im Jahre 1921 getroffenen Regelung ist eine internationale Untersuchungskommission eingesetzt worden, um die Ursache des Unterganges des Dampfers festzustellen. Der Kommission gehören an als Vorsitzender das frühere Mitglied des Schweizerischen Bundesrats Dr. A. Hoffmann, als Mitglieder die Herren H. C. Surie, Kontradmiral a. D. der Kgl. Niederländischen Marine, G. A. G. K. Korvettenkapitän der deutschen Marine, H. D. Ravn, Kapitän zur See und Direktor des hydrographischen Dienstes der Kgl. dänischen Marine und Unger, Kapitänleutnant z. See der Kgl. schwedischen Marine. Vor dieser Kommission wurden die deutschen Interessen durch Herrn Karl von Müller, Kapitän z. See a. D. der deutschen Marine, die niederländischen durch Prof. Dr. H. A. H. Struycken, Mitglied des Staatsrats, vertreten.

Demt aus der Halt entlassen. Wie die „Kote Fahne“ mitteilt, ist der aus dem mitteldeutschen Zustand bekannte Kommunist Demt aus Halle, der seiner Zeit in Berlin verhaftet wurde, gegen Kaution entlassen worden.

Ausschneiden!

Druckfache
im die
Sauptredaktion der „Freiheit“

Berlin G 2
Breite Straße 8-9



Herren-Artikel

Oberhemd farbig, m. Klappmanschetten und passendem Kragen 250.00
Oberhemd farbig, moderne Streifen, 1 steifer, 1 weicher Kragen 310.00
Taghemd gutes Hemdentuch 95.00 125.00
Sportkragen weiss Pikee 12.50

Strickbinder in verschiedenen schönen Mustern 32.50 45.00
Offene Binder Streifen und Muster 32.50 55.00 65.00
Hosenträger guter Gummigurt 24.50
Schlafanzüge Flanell, moderne breite Streifen 425.00

Schirme

Schirme für Damen und Herren, haltbare Qualität 79.50
Schirme für Damen und Herren, Halbleide 145.00
Damen-Schirme in modernen Ausführungen 145.00

Herren-Stiefel schwarz, in Qual. bequem, best. Form 325.00
Herren-Stiefel schwarz, mit hoher Sohle und Doppelsohlen, für Touren u. Strasse 375.00

Herren-Hüte

Herren-Hüte Wolllitz, mod. Formen 125.00 175.00
Herren-Hüte Haarlitz, breit. Ränd. 190.00 275.00
Herren-Hüte Haarlitz, steif 235.00

Preiswertes Angebot

Kernseife garantiert rein, Doppelriegel, ca. 200 g 5.50 ca. 250 g 6.85
Oberschalseife garantiert rein Stück ca. 250 g 7.50
Salmiak-Terpentinseife garantiert rein, ca. 250 g 8.00
Seifenpulver 20% 1/2-Pfund-Paket 3.50
Soda rein und wasserfrei Paket 1.75
Blitzblank Paket 55 Pf.
Bohnerwachs vorzügliche Qualität, in Dosen, ca. 1/2 Pfund 7.50 ca. 1 Pfund 14.75
Stahlspäne 1/2-Pfund-Paket 4.25
Fensterputztücher Lederersatz 9.50 13.75
Fensterlederringe 3.75
Putzcreme flüssig Flasche 3.25 5.00 8.50
Fensterleder vorzügliche Qualität, in verschiedenen Größen ausserordentlich preiswert!

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater Heber die Kraft (1. Teil)
Neues Volkstheater
Staatstheater
Deutsches Theater
Kammerpiele
Großes Schauspielhaus
Theater d. Königsgraben
Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreutzer
Berliner Theater
Waldfalla-Theater
Der liebe Augustin

Theater des Ostens

Casino-Theater
Circus Busch
Neuer Monat! Neue Sensationen!

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte

Läufe Schwaben Wägen
Holzwurm
Verlangen Sie nur Scholda

Münzen

Garderoben
Teilzahlung
Grebler
Weinbergsweg 4

Bekanntmachung

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat
Mag Dortu
Wir Männer vom Steinbruch
Elegant kartoniert 15 Mark
Buchhandlung „Freiheit“

Beißfeldflecher

Metall
Achtung!
Achtung!
Bauschlosser
Branden-Verammlung

Komische Oper
Operetten-Revue
Der Herr der Welt
Residenz-Theater

Alhambra
Senta Söneland
Resse Bolle

Geschlechtsleiden
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b

Geld
Jaschias
Jacoby

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. M. 4.20

Achtung!
Achtung!
Bauschlosser
Branden-Verammlung

Karussell
Berliner Theater
Die Ehe im Kreise
Der liebe Augustin

Metropol Varieté
Arnold Korf
Herbert Kiper

Geschlechtsleiden
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b

Möbel
Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen

Kleine Anzeigen
Ausnahme in allen Expeditionen des Verlages

Achtung!
Achtung!
Bauschlosser
Branden-Verammlung

Kleine Anzeigen

Advertisement for 'Freiheit' newspaper, including subscription information and contact details for the Berlin office.

Vertical text on the far left edge of the page, likely a continuation of an advertisement or a notice.

Der Weg zur Macht

Das Kernproblem des Kampfes, der sich auf der Balken der Gesellschaft abspielt, ist und bleibt die Eroberung der Machtpositionen der jeweils herrschenden Klasse durch die Beherrschten und Unterdrückten...

Eines der wichtigsten Instrumente des Geistes, wenn nicht das wichtigste von allen, ist heute unbestreitbar die Presse. Der ungeheure Einfluß, den die bürgerlichen Blätter auf die Gesinnungen und Handlungen ihrer Leser ausüben...

- 28 Zeitungen haben über 100 000 Abonnenten,
53 Zeitungen haben bis 100 000 Abonnenten,
555 Zeitungen haben bis 50 000 Abonnenten,
583 Zeitungen haben bis 10 000 Abonnenten,
2470 Zeitungen haben bis 5 000 Abonnenten.

Von diesen 3360 Zeitungen ist noch nicht der zehnte Teil sozialistisch. Knapp 300 sozialistische Zeitungen stehen der wahrhaft erdrückenden Majorität von 3360 Organen der Bourgeoisie gegenüber.

Das sind Tatsachen, die für sich selbst sprechen. Das Kapital aber verfügt kraft dieser Tatsachen über eine nach wie vor übermächtige Gefolgschaft, die sich zum Teil sogar aus Arbeiterkreisen rekrutiert...

Es ist ein mühsiges Beginnen, hierüber zu klagen und zu philosophieren. Es ist, wie es ist, weil es so sein muß und nicht anders sein kann, da die ökonomischen Voraussetzungen haben und drücken grundsätzlichen Grund.

Die „Freiheit“ löst vom heutigen Tage ab 25 März im Monat. Wir wissen, daß unsere Leser das verhältnismäßig kleine Opfer gerne auf sich nehmen werden...

Eine Anfrage an den Magistrat

In unterrichteten Kreisen verläutet, daß der zum Städtungsdirektor gewählte Baurat Dr. Elkart sein Amt noch nicht endgültig angetreten hat...

- 1. Warum hat der vor Monaten gewählte Städtungsdirektor bisher sein Amt nicht angetreten?
2. Ist es wahr, daß der neue Städtungsdirektor deshalb sein Amt noch nicht angetreten hat, weil er sich keinem politischen Stadtrat unterstellen will?
3. Ist es wahr, daß deshalb das Städtungsamt dem Herrn Oberbürgermeister unterstellt werden soll, damit der Städtungsdirektor einem politischen Stadtrat nicht untersteht?

Das Berliner Rettungsamt

Am gestrigen Dienstag wurden den Vertretern der Berliner Presse die Einrichtungen des Rettungsamtes der Stadt Berlin vorgeführt. Das Amt bildet eine Abteilung des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin.

Killerstraße 28. In der Telephonzentrale dieses Amtes werden täglich dreimal durch direkte Leitungen nach sämtlichen größeren Krankenhäusern die freien Betten in diesen Anstalten gemeldet.

Ursachen des Schulleids

In dem Berliner Beiblatt der „Allgemeinen Deutschen Lehrzeitung“ (Nr. 4, 1922) gibt Dr. Erich Witte nach dem Buch des früheren Stadtschulrats Dr. Fijcher „Das Schulleid Groß-Berlins“ eine Uebersicht über die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulgattungen...

Im reichen Westen besuchen also verhältnismäßig viermal so viel Schüler höhere Schulen als in dem armen Osten. Da kein Vermittler behaupten wird, daß unter den Söhnen reicher Eltern viermal soviel Begabte als unter denen der Armen sind...

Lehrgang in der Wohlfahrtspflege. Das Bezirksamt Treptow veranstaltet in der Aula der Gemeindeschule in Berlin-Niederköpenick, Berliner Straße 31, einen Lehrgang in der Wohlfahrtspflege...

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Unglück entsetzliche Uebersetzung von H. G. G. G. G.

Amerikanisches Copyright 1918 by Ziffels & Co., Berlin

Ich kam zu dem schwarzen Sarge, der zur Hälfte mit den kurzen, viden Füßen noch bloßstand, als hätte jemand ihn aufzuheben versucht und sei dabei ins Schwanken geraten.

Ein Grinsen überkommt mich. Obwohl die Nacht ziemlich frisch ist, wird's mir doch recht schwül, und der Schweiß tritt mir aus den Poren.

Der Friedhof ist mir wohl bekannt, so manches Mal habe ich mit Jasi und den andern Kameraden auf ihm gespielt.

Noch schläft nicht alles in der Vorstadt, noch höre ich von Zeit zu Zeit ein Lachen oder eine verflingende Melodie.

Was für 'n Engel ist doch
Unsre Frau Mama:
Keinen andern liebt sie
Als den Herrn Papa!

Es hat etwas so Trauliches, diese leichten Laute des Lebens zu vernehmen. Doch mit jedem Glöckenschlage wird es stiller und stiller...

Seele schwimmt in der endlosen, abgrundtiefen Leere und verfährt darin wie die Flamme eines Zündhölchens in der Dunkelheit.

In mein Tuch gewidelt, sah ich auf dem Grabe, mit angezogenen Beinen, das Gesicht der Kirche zugewandt. Wenn ich mich bewegte, knarrte der Sarg, und der Sand unter ihm knirschte.

„Schlag' mich doch nicht,“ sagte ich zu ihr, „ich bin so schon gestraft, mir ist so übel...“

Als ich dann meine Prügel weg hatte und brütend hinter dem Ofen saß, hörte ich, wie sie zur Großmutter sagte: „Dieser Bengel hat nicht ein bißchen Gefühl, niemanden liebt er!“

Es schmerzte mich, das zu hören. Wenn die Mutter mich strafe, tat sie mir immer leid, und ich empfand um ihretwillen etwas wie heimliche Scham.

„Schert euch zum Teufel!“ wollte ich ihnen zurufen, doch das war gefährlich — wer weiß, wie der Teufel das aufnehmen würde?

Der Sand war stark mit Glimmersplittern durchsetzt, die matt im Mondlicht schimmerten. Das erinnerte mich daran, wie ich einmal auf der Oka auf einem Floß lag und ins Wasser guckte.

Kriminalpolizei und Gesetz

Zum Kapitel Geständnis-Verpressung

In dem vor einigen Tagen geschilderten Falle der Postausheilerin sind Worte der Empörung geworfen. Man jähre sich nur nochmal vor Augen: vier Tage und Nächte lang bleibt ein junges Mädchen in Gesellschaft von vier Prostituierten in einer Zelle eingesperrt.

Man müßte den Herrn nur für eine einzige Nacht in eine Zelle gemeinsam mit Dieben und Zuhältern einsperren. Ob man ihn dann wohl nicht am nächsten Morgen „zusammengedrückt“ auf dem Boden auffinden würde?

Der geschilderte Fall muß zum Ausgangspunkt allgemeiner Betrachtungen gemacht werden. Befindet sich die Kriminalpolizei auf erforderlicher Höhe als vernehmendes Untersuchungsorgan oder nicht? Die Antwort muß auf ein entscheidendes Nein hinauslaufen.

Es soll natürlich die schwierige Aufgabe, vor der die Kriminalbeamten oft stehen, anerkannt werden. Das Sammeln von Indizien verlangt eingehende kriminaltechnische Kenntnisse, Geduld, Ausdauer, Zähigkeit usw.

Im Falle des Anders Singh mußte der Beamte in der Gerichtsverhandlung zugeben, daß dem epileptischen Arnold gegen Alkohol intoleranter Angellagter Arnold ein ziemlich großes Glas Kognat vorgelegt wurde...

Aus allen diesen Betrachtungen entspringt eine wichtige Forderung für die im Hauptansatz des Reichstags kürzlich versprochene Strafrechtsreform. Die Funktionen der Kriminalpolizei als eines vernehmenden Organs müssen auf das notwendigste, technisch unumgängliche Mindestmaß beschränkt werden.

Das Gedächtnis arbeitete immer angestrengter und tief alle möglichen Erinnerungsbilder wach, um den Spul, den die Einbildungskraft schuf, in den Hintergrund zu drängen.

„Liebes, gutes Hausmännchen,“ bat sie, vor dem Ofenloch hockend, „schaff doch diese Schwabenplage aus der Wohnung fort!“

„Hörst du über der Stadt, die ich nicht sehen konnte, begann es heller zu werden. Eine kühle Brise schnitt mir in die Backen, meine Augen fielen zu.“

„Schau' auf! Hast du dich auch nicht erkältet? Na, war's sehr schaurig?“

„Ja, aber sag's niemandem — die Jungen sollen nicht denken, daß ich Furcht hatte.“

„Warum willst du's verschweigen? Wenn's nicht schaurig war, ist nicht viel Ruhmens dabei.“

„Wir gingen nach Hause, und unterwegs meinte sie freundlich bekehrend: „Man muß alles selbst durcheinander, Herzchen, alles mit eigenen Augen sehen...“

„In diesem Abend war ich der „Held“ der Straße, alle fragten mich: „War's schaurig?“

„Ja,“ sagte ich, „ganz mächtig!“ Da schüttelten sie sich und riefen: „Aha! Haben wir es nicht gesagt?“

Die Hölerin aber erklärte laut und voll Ueberzeugung: „Es ist eben Schwindel, daß Kalinin umgeht. Wäre es der Fall — meint ihr, er hätte sich vor dem Jungen gefürchtet?“

„Der hat's leicht gehabt — seine Großmutter kann doch zaubern!“

(Fortsetzung folgt.)

